

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Ausgabe

Nr. 52

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag. — Für die Mitglieder ist der Holzarbeiter nur durch die Post zum Preise von Mk. 1.00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorabzahlung. — Einblendungen nur: Postfachkonto 7716 Köln.

Köln,
den 28. Dezember 1928.

Anzeigenpreis für die viergep. Annoncenzeile 30 Pfennig. Stellenangebote und -Anfragen, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Ver. and befinden sich Köln, Deutzerwall 9. Telefonnr. West 51546. — Redaktionschluss ist Samstag-Mittag.

29. Jahrg.

Jahresende-Jahreswende.

1928 — nur wenige Tage noch und dieses Jahr ist wie so viele — Vergangenheit. Jubelnd begrüßt am Anfang, knüpfte die Menschheit Hoffnungen und Erwartungen an die Zukunft, Hoffnungen auf „künftige — bessere Tage“, die wie vieles andere vielleicht nicht Wirklichkeit geworden sind. Trotzdem — Gutes und Erbauliches blieb auch nicht aus, unterschiedlich ist nur die Menge der guten und bösen Tage verteilt.

Die Entwicklung unseres Verbandes bewegte sich in aufsteigender Kurve. Wenn auch die Geschäftslage, die Konjunktur, nach der Ansicht wissenschaftlicher Institute absteigende Tendenzen zeigen sollte, dann sind auch da die Prophezeiungen nicht ganz eingetroffen. Im großen und ganzen kann man sagen, daß im Holzgewerbe die Beschäftigungslage stetig gewesen ist und die Beschäftigungszahlen weisen nur geringe Schwankungen auf. Am 20. November berichtete das Institut für Konjunkturforschung, daß im Oktober 1927 nach dem gemogenen Durchschnitt von 100 Arbeitern rund 95 vollbeschäftigt waren, während zu der gleichen Zeit 1928 immer noch 90 Vollbeschäftigte von 100 gezählt wurden. Für das Holzgewerbe lauteten die Zahlen für 1927 93,8, in diesem Jahre 90,0 Vollbeschäftigte auf je 100 Gewerkschaftsmitglieder. Dieser erfreuliche Zustand hat die Entwicklung unseres Verbandes natürlich nur günstig beeinflusst und eine optimistischere Meinung von der zukünftigen Entwicklung der deutschen Wirtschaft wird viel eher die notwendige Schwungkraft herbeiführen, die notwendig ist für die glückliche Beendigung bevorstehender gewerkschaftlicher Aufgaben. Hätte dieser erwünschte Optimismus allerwegen Schaffenskraft und Tatendrang beflügelt, so könnte auch bei uns der Fortschritt noch größer sein.

Die Arbeitslosigkeit ist nicht merklich größer geworden. Die Rationalisierung hat weitere Fortschritte gemacht, weil die Industrie die sich aus 1927 ergebenden Gewinne für die technische Verbesserung der Betriebe dafür verwendet hat. Die Frage der Kapitalneubildung, die Selbstfinanzierung der Betriebe, belebten im Laufe des Jahres die wirtschaftliche und sozialpolitische Diskussion. Eine süßliche Erleichterung der Lebenslage ist für die breiten Arbeitermassen nicht eingetreten. Der Lebenshaltungsindex hat keine starken Veränderungen erfahren. Die Preislenkung, die nach durchgeführter Rationalisierung erwartet werden mußte, läßt immer noch auf sich warten. Das ist auf die Wirkung einer überspannten Kartellpreispolitik zurückzuführen, die wohl nirgends stärker ausgebildet ist, als bei uns in Deutschland. Die Standardisierung, der Markenartikelfung ist üppig ins Kraut gewachsen und es ist gewiß nicht leicht, die Konjunktur von der Schädlichkeit dieser Geschäftspraktiken zu überzeugen. Die Preise für gewisse Rohstoffe sind gesunken und nichts wäre natürlicher, als daß auch die Preise der Fertigfabrikate dieser Tendenz folgen müßten. Statt dessen kann beobachtet werden, daß die fraglichen Preisstellen sich äußerst lebhaft bemühen, den so notwendigen Preisabbau zu verhindern, ja noch mehr, in einzelnen Fällen sogar versuchen, daraus Gründe für eine Preissteigerung herzuleiten.

Natürlich müssen dabei die bösen Gewerkschaften mit der von ihnen verfolgten Lohnpolitik herhalten. Gewiß ist auch in diesem Jahre die Lohnpolitik nicht vernachlässigt worden. Doch muß die Behauptung, die immer wiederkehrt, zurückgewiesen werden, als seien durch die gewerkschaftliche Lohnpolitik eine Drosselung der Wirtschaft oder Hemmungen für die Entfaltungsmöglichkeiten der Wirtschaft herbeigeführt worden. Tatsache ist doch, daß der erhebliche Teil der Produktion im Inlande konsumiert werden muß und darum ist, ohne den Wert der deutschen Warenausfuhr zu verkennen, die Prosperität der deutschen Wirtschaft abhängig von der Kaufkraft der breiten Masse. Wenn also eine Steigerung der realen Kaufkraft durch eine erhebliche Preislenkung nach dem Willen der Kartellpolitiker nicht erfolgen soll, dann ist doch nichts natürlicher, daß die Gewerkschaften den Hebel am anderen Ende ansetzen und den Ausgleich durch weitere nominale Steigerung der Löhne, die auch eine reale Kaufkraftsteigerung im Gefolge haben soll, versuchen.

Im Holzgewerbe waren diese Bemühungen nicht erfolglos. Bei den großen Tarifbewegungen im Frühjahr 1928 wurden nennenswerte Lohnsteigerungen vereinbart, die allerdings noch nicht den von uns unablässig erstrebten Zustand einer gerechten Bewertung

menschlicher Arbeit herbeiführten. Sicher wurde von unseren Mitgliedern jeder Erfolg auf lohnpolitischem Gebiet dankbar begrüßt, doch gibt die amtliche Lohnerhebung im Holzgewerbe eine unmissverständliche Darstellung der wirklichen Zustände. Die amtliche Erhebung fand im März 1928 statt und widerlegte beweiskräftig und schlagend die Behauptung der Arbeitgeber von dem Umfang und Ausmaß sogenannter Überlöhne. In die Erhebung einbezogen waren 130 Orte mit 45 601 Arbeitern. Von letzteren waren 84,8 Prozent Facharbeiter, 13,8 Prozent angelernte und 11,4 Prozent Hilfsarbeiter. Im nach der Zahl der erfassten Arbeitskräfte gemogenen Durchschnitt betrug der Stundenverdienst, ohne Überstundenzuschläge, für die über 22jährigen männlichen

Facharbeiter im Zeitlohn	115,9 Rpf.
Facharbeiter im Stücklohn	127,8 Rpf.
angelernte Arbeiter im Zeitlohn	94,2 Rpf.
angelernte Arbeiter im Stücklohn	98,7 Rpf.
Hilfsarbeiter im Zeitlohn	89,0 Rpf.

Neujahr 1929

Ein Jahr versinkt,
Eins steigt herauf,
Zeit ist geringt
in ew'gem Lauf.

Des Menschen Leben
ist zeitgebunden,
kaum lichtgegeben,
schon totgeschwunden.

Tat überwindet
die Zeitenflucht,
steht fest gegründet
in Dauerwucht.

Stell Wert und Tat
hoch in die Zeit,
du überragst
Vergänglichkeit. Georg Nick

Der tarifmäßige DurchschnittsStundenlohn stellte sich in der Erhebungszeit in den gleichen 130 Sätzen der Bau- und Möbeltischlerei für die über 22jährigen männlichen

Facharbeiter im Zeitlohn	auf 107,0 Rpf.
Facharbeiter im Stücklohn	auf 117,5 Rpf.
angelernte Arbeiter im Zeitlohn	auf 91,9 Rpf.
angelernte Arbeiter im Stücklohn	auf 98,9 Rpf.
Hilfsarbeiter im Zeitlohn	auf 87,6 Rpf.

So ergibt sich, daß im Stücklohn nicht einmal der in den Tarifverträgen vorgesehene 15 Prozent Mehrverdienst erzielt, bei angelernten Arbeitern sogar der tarifliche Durchschnittslohn um 0,8 Prozent unterschritten wurde. Interessant sind diese Feststellungen darum, weil für das kommende Jahr eine Erneuerung der Tarifverträge bevorsteht und bei den sicher eintretenden Auseinandersetzungen die Arbeitgeber das sonst beliebteste Argument der hohen Überlöhne kaum mehr ins Feld führen können.

Tagungen sah das Jahr 1928 in reichlicher Anzahl. Unser Verbandstag in Nürnberg präsentierte sich als eine wohlgelungene Tagung. Das ausgezeichnete Referat des Kollegen Valtrusch „Arbeiterchaft und

Wirtschaftsvertrag“ wurde viel beachtet. Die Tagungsbeschlüsse, insbesondere die neu beschlossene Invalidenunterstützung, sollen eine weitere Stärkung des Verbandes und innere Festigung herbeiführen. Wenn nicht alles trügt, sind die bereits bemerkbaren Ergebnisse nach dieser Richtung hin vielversprechend. Notwendig ist, daß alle verfügbaren Kräfte in den Dienst der großen Aufgabe gestellt werden und zäh und zielbewußt an ihrer Lösung mitarbeiten.

Die Generalversammlungen einer Anzahl von Bruderverbänden, u. a. der Bau-, Metall-, Gemeinde-, Transport- und Bekleidungsarbeiter, haben bewiesen, daß gewerkschaftlicher Geist und christliche Überzeugung in den Reihen unserer Bewegung nach wie vor vorhanden sind und sich zum Vorteil der deutschen Arbeiterschaft betätigen.

Der 4. Internationale Kongress der christlichen Gewerkschaften hat auch über die Grenzen unseres eigenen Vaterlandes hinaus die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregt. Als bester Beweis dafür ist die Anwesenheit des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes in Genf zu werten, der, obwohl selbst Sozialist, auf dem Kongress erklärte, daß er die Gleichberechtigung der christlichen Gewerkschaften anerkenne und in den Grundsätzen der christlichen Gewerkschaften die Gewähr für den vollen Erfolg sehe.

An Arbeitskämpfen fehlte es im abgelaufenen Jahre nicht. Die meisten Kämpfe zeichneten sich entweder durch ihre räumliche oder zahlenmäßige Ausdehnung aus. In der Textil- und Tabak-Industrie und, wie noch in frischer Erinnerung stehend, in der Metallindustrie griffen die Arbeitgeber zur Aussperrung. Im letzteren Falle werden die Fernwirkungen dieses Kampfes sobald noch nicht abklingen, weil das Streitobjekt weniger die materiellen Bestimmungen des bekämpften Schiedsspruches als vielmehr das Schlichtungswesen überhaupt darstellte. Jedenfalls wird sich die Arbeiterschaft auf harte und lange diesbezügliche Auseinandersetzungen einrichten können und ihre ganze Aufmerksamkeit auf Bestrebungen richten müssen, die darauf hinauslaufen, den den an und für sich beengten Lebensraum der Arbeiterschaft weiter einzuschränken.

Die sozialpolitische Gesetzgebung hat in 1928 keine besonders hervorragenden Daten aufzuweisen. Es sei denn, daß man von unserem Standpunkte aus die Nichtberufung des früheren Reichsarbeitsministers Dr. Brauns als Reichsarbeitsminister in das auf Grund der Wahlen neugebildete Kabinett auch deshalb bedauert, weil sich mit der Person Dr. Brauns bestimmte Hoffnungen auf eine Erweiterung und Vervollständigung der sozialpolitischen Gesetzgebung verknüpfen. Sein Nachfolger, Wisell, wird im wesentlichen die von Brauns eingeleitete Politik fortführen. Ob er in schöpferischer Art tätig sein wird, bleibt abzuwarten.

Für uns als Holzarbeiter bleibt wichtig, eine gut funktionierende und schlagkräftige Interessenvertretung, unsern Verband, auch für das kommende Jahr auszugestalten und zu stärken. Immer noch hat sich die Selbsthilfe als wirksamster Schutz gegenüber fortschrittsfeindlichen Absichten anderer erwiesen. Diese Erkenntnis ist bei uns nicht neu und die im Anschluß an unseren Verbandstag in allen Zahlstellen vorgenommenen Neuregelungen und Umstellungen verbürgen auch für die Zukunft lebendigen wirklichkeitsnahen Gewerkschaftsgeist.

Was uns das abgelaufene Jahr nicht erfüllte, gilt es im neuen Jahr mit Mut und Ausdauer zu erstreben. Welches Schicksal dieses Jahr 1929 in seinem Schoße birgt, ist dunkel und uns verborgen. Bestimmt aber wissen wir, daß wir uns weiteren Boden, größeren Lebensraum immer erkämpfen müssen. Wünsche, und wenn sie noch so herzlich klingen und aufrichtig gemeint sind, genügen allein nicht. Den Wünschen und guten Vorsätzen zum neuen Jahr folge die gewerkschaftliche Tat, die allein geeignet ist dem Erfolg den Weg zu bereiten.

Für Recht und Raum, für Freiheit streben,
Dem Arbeiter Hand und Leben:
So war's, so sei es — immerdar!

Du willst den Aufstieg Deines Standes!
Hilf' mit am Ausbau des Verbandes
Mit neuem Mut im neuen Jahre!

Unfallhäufigkeit und Unfallursachen.

Die Jahresberichte der deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten sind jedesmal eine Fundgrube für sozial- und gewerbepolitisch interessierte Menschen. Das lebhafteste Interesse an diesen Jahresberichten wird vielleicht etwas getrübt durch die reichlich späte Veröffentlichung, ein Nachteil, der jedoch nicht so leicht beseitigt werden kann. So sind erst vor kurzer Zeit die Geschäftsberichte der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1927 der Öffentlichkeit zugänglich geworden und erst jetzt ist es möglich, aus der Fülle des Materials das eine oder das andere besonders zu behandeln. Im folgenden soll nur so weit auf diese Berichterstattung eingegangen werden, als sie sich mit den Fragen der Unfallgefahren, der Unfallhäufigkeit und der Unfallursachen befaßt.

Zunahme der Unfälle überhaupt.

Die Zahl der den Gewerbeaufsichtsbeamten im Berichtsjahre gemeldeten Unfälle ist wiederum sehr erheblich gestiegen, die Zunahme beträgt in einzelnen Bezirken bis zu 60 Prozent und dürfte im Durchschnitt gegenüber den vorjährigen Zahlen (1926) etwa 30 bis 40 Prozent ausmachen. Berücksichtigt man hierbei die bereits im vorigen Jahre verzeichnete enorme Zunahme der Unfälle, so müssen die neuen Zahlen doppelt zu denken geben. Von den Berichterstattern werden für das erneute Anwachsen der Unfallziffern die verschiedensten Gründe angeführt. Zunächst wird darauf hingewiesen, daß nicht nur die Unfallmeldungen ganz allgemein sorgfältiger als früher eingehen, sondern daß jetzt auch die unbedeutendsten, an sich gar nicht meldepflichtigen Unfälle, die weniger als drei Tage oder überhaupt keine Erwerbslosigkeit zur Folge haben, angezeigt werden. Es geschieht dies mit Rücksicht auf die schärfere Durchführung des § 1503 RVO., wonach die Krankenkassen bei Vermeidung des Wegfalls ihrer Ersatzansprüche gegenüber den BG. verpflichtet sind, diesen jeden Unfall unverzüglich anzuzeigen. Auch die Erhöhung der den Unternehmern seitens der BG. angedrohten Geldstrafen von 300 bis 500 R. bei Unterlassung der Unfallmeldung wird als Grund für die sorgfältigere Meldung angeführt. Die Zahl der Unfälle, die sich auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle ereignen, ist infolge des zunehmenden Kraftwagen- und Räderverkehrs dauernd im Steigen begriffen und macht bis zu acht Prozent der Gesamtunfälle aus; auch die dabei in Betracht kommende Zahl der schweren und tödlichen Unfälle ist unverhältnismäßig hoch. Eine natürliche Erklärung findet die Steigerung der Unfälle in der starken Erhöhung der Belegschaftsziffern während des Berichtsjahres (das Baugewerbe steht hier an der Spitze) und der damit verbundenen Einstellung großer Massen ungeschulter, zum Teil der Arbeit entwöhnter Leute. Allerdings übersteigt die Zunahme der Unfälle prozentual vielfach die der Arbeiter. Nur vereinzelt wird in den amtlichen Berichten als Grund für die Zunahme der Unfälle die erhebliche Leistungssteigerung der Arbeiter in den Betrieben vermutet. Dies dürfte aber nicht nur vereinzelt als einer der Gründe für das Anschwellen der Unfälle anzusehen sein. Wie dem auch sei, selbst nach Abzug der Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle sowie der zahlreichen geringfügigen Unfälle verbleibt noch eine so hohe Unfallziffer, die alle am Unfallschutz ernsthaft Interessierten zu gemeinsamer Abwehr auf den Plan rufen muß.

Wodurch entstehen die meisten Unfälle?

Was nun die Unfallursachen anbetrifft, so ist für die praktische Unfallverhütung die Feststellung nicht unwichtig, daß ein großer Bruchteil aller Unfälle auf Transport und Verladung sowie auf Sturz von Personen, dagegen ein ungleich geringerer auf Arbeitsmaschinen und Apparate entfällt. Die Unfallstatistik der letzten Jahre hat ergeben, daß nur etwa ein Viertel der Unfälle sich an Arbeitsmaschinen ereignet, alle übrigen aber bei anderen Berrichtungen vorkommen. Dies bestätigt auch eine Zusammenstellung der Unfälle nach Ursachen, die der Düsseldorf-Bezirk, einer der größten mit der bedeutendsten Industrie, bringt. Danach entfallen von insgesamt 55 500 Unfällen u. a. 11 320 auf Transport und Verladung, 10 525 auf Sturz von Personen, 8076 auf Einsturz und Umfallen von Gegenständen und 6943 auf Arbeitsmaschinen aller Art. Das darf natürlich keineswegs zu einer Vernachlässigung des Maschinenschutzes führen. Die zahlreichen in den Berichten geschilderten Unfälle an Maschinen und Apparaten beweisen im Gegenteil, wie notwendig die weitere Verwirklichung der Schutzmaßnahmen an Maschinen und Triebwerken aller Art ist. Hätte doch ein großer Teil der schweren und tödlichen Unfälle vermieden werden können, wenn die betreffenden Maschinen mit den nötigen Schutzvorrichtungen ausgestattet gewesen wären. Hier nur einige Beispiele dafür. Die Zertrümmerung von Schmirgelscheiben führte allein in einem Bezirk zu zwei tödlichen Unfällen, die bei Ausstattung der Maschinen mit schmiebeeisernen (anstatt gußeisernen) Schutzhauben höchstwahrscheinlich hätten verhindert werden können. Mehrere schwere Unfälle ereig-

neten sich an Zentrifugen, deren Deckelverschlüsse entweder mangelhaft waren oder überhaupt fehlten. Zahlreiche Fingerverletzungen bzw. Gliedverluste bei Arbeiten an Stanz- und Pressen waren auf das Fehlen gesicherter Einrückvorrichtungen zurückzuführen. — Besonders scharf muß das Fehlen der erforderlichen Schutzvorrichtungen an neuen Maschinen bemängelt werden, von dem trotz Arbeitseinsparung für Unfallverhütung immer wieder die Rede ist. So fiel es z. B. bei Beschäftigungen gewerblicher Betriebe der Holz- und Papierindustrie sowie des Versärfäutigsgewerbes auf, daß fabrikneue Maschinen ohne die erforderlichen Schutzvorrichtungen geliefert worden waren. Gleiche Beobachtungen sind in der Metall- und Nahrungsmittelindustrie gemacht worden. Die strafrechtlich gesicherte gesetzliche Vorschrift für die Hersteller, nur geschützte Maschinen in den Handel zu bringen, dürfte erst instand sein, hier Wandel zu schaffen.

Auffallend hoch ist die Zahl der Unfälle durch elektrischen Strom. Von insgesamt 939 Unfällen führten 112 zum Tode. Der Beweis für die Gefahren auch niedrigspannter Ströme (unter 250 Volt) liegt in der Tatsache, daß von diesen 112 tödlichen Unfällen sich 36 bei Arbeiten an elektrischen Leitungen bis zu 220 Volt Spannungen ereigneten. Selbst Ströme unter 110 Volt können noch gefährlich werden, wie der Unfall eines Kranführers beweist, der infolge einer 63-Volt-Leitung getötet wurde. Bei der schier unausrottbaren Sorglosigkeit der Laien und leider auch vieler Fachleute gegenüber den Gefahren des elektrischen Stromes wird es einer unablässigen zähen Aufklärungsarbeit bedürfen, um die Zahl der elektrischen Unfälle herabzumindern. — Noch recht im argen liegt der Unfallschutz anscheinend in der Industrie der Steine und Erden. Auch im Berichtsjahre sind wieder zahlreiche schwere und tödliche Unfälle zu beklagen, ein Massenunfall bei einer Kammerexplosion in einem Basaltsteinbruch forderte allein elf Todesopfer. Seitens der Behörden sind Maßnahmen im Gange, um derartige große Kammerstöße zu beaufsichtigen und sie nur unter bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen zuzulassen. — Zu zahlreichen Beanstandungen hinsichtlich ihrer maschinellen Einrichtung geben immer wieder die Betriebe der Holzindustrie Veranlassung, selbst die Beseitigung der längst verbotenen Bierkantmesserwelle an Ubrichtmaschinen mußte noch gefordert werden, aber auch die Kreissägen, die gefährlichsten Maschinen der Holzindustrie, bieten dauernd Anlaß zu Bemängelungen. Die vielen Unfälle mannigfaltiger Art und Ursache in den anderen Industriezweigen, insbesondere auch in der chemischen und Metallindustrie beweisen übrigens aufs neue, daß es auf dem Gebiete der Unfalltechnik keinen Stillstand geben darf; mit der fortschreitenden Anwendung neuer technischer Arbeitsverfahren entstehen ständig neue Gefahren, die entsprechende Abwehrmaßnahmen bedingen.

Gewerbliche Erkrankungen als Unfälle.

Recht zahlreich und zum Teil eigenartig sind wieder die gemeldeten gewerblichen Erkrankungen. Die Verordnung vom 12. Mai 1925 hat zweifellos auch zu einer sorgfältigeren Meldung vor allem der Bleivergiftungen geführt, wobei allerdings eine nicht unerhebliche Zahl der gemeldeten Fälle auf Fehldiagnose beruht. Besonders großen Gefahren durch Bleivergiftung sind neben anderen Arbeitern der bleiverarbeitenden Gewerbe die Arbeiter der keramischen Industrie durch die in der Glasurmasse enthaltenen Giftstoffe ausgesetzt. Welche Schädigungen hierbei auftreten können, zeigt u. a. ein Fall in einer Ofenkachelfabrik, wo bei einer Arbeiterin Blindheit, Lähmung einer Seite und allgemeiner Körperverfall verbunden mit Kolik und Verstopfung eintraten. In den infolge der starken Nachfrage nach Radiobatterien gut beschäftigten Akkumulatorenfabriken ist die Zahl der Bleierkrankten gestiegen; gerade die neuangestellten Leute erweisen sich häufig als besonders anfällig. In verschiedenen Betrieben, z. B. auf Werften, hat man Versuche mit Eisenoxyd als Ersatz für Bleimennige gemacht. Neben technischen Verbesserungen der Betriebseinrichtungen und Änderungen der Arbeitsmethoden ist die unerlässliche Voraussetzung zur Verminderung der gewerblichen Vergiftungen die persönliche Sauberkeit der gefährdeten Arbeiter. Es wird in den Berichten häufig darüber

geklagt, daß es in dieser Beziehung die Arbeiter noch vielfach fehlen lassen, daß aber auch die Einsicht der Arbeitgeber bei Fragen des Gesundheitsschutzes nicht selten zu wünschen übrig lasse. Durch fortlaufende ärztliche Untersuchung der Belegschaften und rechtzeitige Veretzung der gefährdeten Arbeiter in andere Abteilungen versucht man andererseits drohenden Schädigungen zu begegnen.

Auffallend häufig waren die Quecksilbervergiftungen. Infolge Infektion durch Milzbrand erkrankten mehrere Personen in Fleischereien, Gerbereien, Rauchwarenzubereitungen und beim Transport von Fellen. — Das in letzter Zeit immer mehr in Mode gekommene Pudern der Zigarren bringt nicht unerhebliche Gesundheitsgefahren für die damit beschäftigten Arbeiter mit sich, wenn es von Hand erfolgt. Die Vergiftungen durch Kohlenoxyd nehmen eher zu als ab; der anwachsende Autoverkehr (Vergiftungen durch Auspuffgase in Garagen) ist hieran stark beteiligt. Eine neue technische Erfindung scheint geeignet, künftig manchen Unfall durch Gasvergiftung zu verhüten. Der Chemiker Callenberg in Münster hat einen Gasfinder „Glückauf“ konstruiert, mit dem man gefahrlos die Anwesenheit von giftigen Gasen in der Luft der Arbeitsräume usw. feststellen kann. Der Apparat soll sich in der Praxis bereits bewährt haben. — Einige nicht unbedenkliche Erkrankungen (Sehstörungen, Ohnmachtsanfälle) beim Reinigen mittels „Eri“, eines Ersatzmittels für Benzin, beweisen erneut die Gefährlichkeit dieses Stoffes, mit dem man nur in geschlossenen Apparaturen bzw. unter wirksamen mechanischen Absaugvorrichtungen arbeiten darf. Ein anderes zum Fetterschmelzen verwendetes Waschmittel „Sopfolin“ hat zu Ekzembildung an Händen und Unterarmen geführt. Mehrere Hauterkrankungen, die sich Polierer bei der Verwendung von mit Terpentin vergälltem Spiritus zugezogen haben, lassen dieses Vergällungsmittel als ganz ungeeignet erscheinen.

Diese kurze Auslese der im Berichtsjahre festgestellten gesundheitschädlichen Einflüsse läßt die vielseitigen Gesundheitsgefahren, denen die Arbeiter ausgesetzt sind, ahnen und liefert den Beweis für die Berechtigung der Forderung, in größerem Umfange als bisher neben technischen auch ärztliche Gewerbeaufsichtsbeamte mit der Überwachung der Betriebe zu betrauen.

Die Durchführung der in den Betrieben von den Gewerbeaufsichtsbeamten getroffenen Anordnungen ist nach den Berichten im allgemeinen reibungslos erfolgt, jedoch bedurfte es da und dort auch der Anwendung polizeilicher Zwangsmittel. Recht eigenartig mutet es dabei an, daß solche auch gegen Gemeindeverwaltungen (!) notwendig waren und in einem Falle ein widerpenstiger Bürgermeister sogar mit Strafe belegt werden mußte.

Betriebsvertretung und Unfallschutz.

Die Mitwirkung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer am Unfall- und Gesundheitsschutz hat durch weitere Einstellung sog. Sicherheits-Ingenieure in größeren Werken sowie durch die Bildung von Unfallschutz-Kommissionen und die Ernennung von Sicherheitsmännern in den einzelnen Abteilungen weitere Fortschritte gemacht. So werden in einzelnen Betrieben regelmäßige Besichtigungen und Besprechungen durch die Kommission abgehalten, in anderen finden Vorträge und Lehrzusammenkünfte statt, zu denen die Meister und Vorarbeiter des Werkes zugezogen werden. Brauchbare Anregungen für Unfallverhütungsbilder werden in einem Werke mit 5 RM. bezahlt, gute Vorschläge für Unfallverhütungsmaßnahmen mit Prämien bis zu 50 RM. oder auch mit der Beförderung zum Vorarbeiter gewertet. Auch auf die unalltechnische Ausbildung der Lehrlinge wird in größeren Werken Wert gelegt.

Die Mitwirkung der Betriebsräte beim Betriebsschutz wird recht verschieden beurteilt. Insbesondere wird den BR. der Großbetriebe, die seit längerer Zeit amtieren und sich demzufolge auch ein beachtenswertes Maß von Kenntnissen aneignen konnten, ein gutes Zeugnis ausgestellt und hervorgehoben, daß sie in anerkennenswerter Weise bei der Untersuchung von Unfällen mitgewirkt und oft recht gute Verbesserungsvorschläge gemacht hätten. Dagegen ist anderwärts wieder eine große Untertätigkeit der BR. für Fragen der Unfallverhütung und mangelhaftes Verständnis für die Anforderungen des Gesundheitsschutzes festgestellt worden. Diese Feststellung ist ebenso unerfreulich, wie der an anderer Stelle der Berichte wiederholt erwähnte weitere Rückgang der gesetzlichen Betriebsvertretungen trotz des guten Geschäftsganges der Industrie während des Berichtsjahres. J. Bl.

Arbeiterstreben, Kultur und Volkswirtschaft.

„Die Lebenshöhe der Arbeiter ist mehr als irgend etwas anders entscheidend für die Qualität der nationalen Arbeit. Die Gesundheit der Rasse hängt von den gesunden Existenzbedingungen der Bielen ab. Die Arbeiter werden entweder aufwärts gehoben, oder das Bleigewicht ihrer Unerzogenheit und Unkultur zieht uns alle niederwärts. Es ist gut, daß sie aufwärts wollen. Wenn sie nicht aufwärts wollten, wäre unsere Volkswirtschaft aussichtslos.“

Sach- und zeitgemäße Mahnung.

Der Winter mit seinen langen Abenden bietet besondere Gelegenheit zu reichlicher Schulungs- und Versammlungstätigkeit im gewerkschaftlichen Leben. Allerorts hat man begonnen, die Pünktlichkeit bei Versammlungen und Bildungsbefreibungen als Übel zu empfinden. Geschickt zusammengestellte Programme für den Winter rufen die Mitglieder zur Teilnahme an Veranstaltungen auf, die geeignet sind, gewerkschaftliches Denken und nützliches Wissen zu befestigen und zu verbreiten. Wer aber durch seinen Beruf oder durch ehrenamtliche Tätigkeit Sitzungen, Versammlungen oder Konferenzen dieser Art besuchen muß oder will, wird vielfach unangenehme Beobachtungen machen können. Es scheint, als ob es überhaupt nicht möglich sei, derartige gewerkschaftliche Veranstaltungen pünktlich beginnen zu lassen. Pünktlichkeit ist aber eine alte und berechnete Forderung in allen geschäftlichen Angelegenheiten und gilt darum auch für Unternehmungen aller Art, die wir als Arbeiter veranstalten.

Zur „Regel“ geworden ist, daß Sitzungen nicht pünktlich zur angesagten Stunde, sondern meist und mindestens $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Stunde, oft sogar noch später, beginnen. Dabei macht man die Erfahrung, daß je kleiner die Gruppe oder der Zirkel der Eingeladenen ist, um so größer die Unpünktlichkeit in Blüte steht. Unpünktlichkeit ist also eine alltägliche Erscheinung, und trotzdem oder gerade deswegen sollen wir uns allesamt bemühen, Pünktlichkeit als Tugend zu betrachten. Wie uns die Chronisten melden, hat Ludwig XVIII. einmal ausgesprochen, daß Pünktlichkeit die Höflichkeit der Könige sei. Auf unsere Verhältnisse angewandt, muß es heißen: Pünktlichkeit ist die Tugend des Gewerkschaftlers.

Rücksicht und Rücksichtnahme sind die Mittel eines reibungslosen Miteinanderlebens und eines geordneten Zusammenlebens der Menschen überhaupt. Der zivilisatorische Zustand eines Volkes und den Grad seiner Kultur kann man nach den Lebensformen beurteilen, unter welchen sich der persönliche Verkehr von Mensch zu Mensch abwickelt. Erträglich für alle wird dieser Verkehr nur dann sein, wenn alle untereinander Rücksicht üben und Rücksicht nehmen. Darum ist eine der ersten Rücksichten, die man gegenüber seinen Mitmenschen zu üben hat, die Pünktlichkeit. Einer Vereinbarung pünktlich Folge zu leisten oder zu einer Zusammenkunft zur festgesetzten Zeit zu erscheinen, gebietet uns die Rücksicht auf die Zeit unserer Mitmenschen. Es ist darum verkehrt, wenn Versammlungsleiter glauben, den Säumigen Zugeständnisse bezüglich der Pünktlichkeit machen zu müssen. Wer unpünktlich ist, weiß nicht nur seine eigene Zeit nicht einzuteilen, er sündigt auf Kosten anderer, indem er die wertvolle Zeit seiner Mitmenschen vergeudet und Rücksichten verlangt, die er selbst nicht zu üben bereit ist. Von öffentlichen Verkehrsmitteln, von Post, Eisenbahn und sonstigen verlangt man mit Recht Pünktlichkeit und Genauigkeit. Die Verwirrung, die unser gesamtes öffentliches Leben erleiden würde, wenn hier Unpünktlichkeit eine allgemeine Erscheinung würde, ist nicht auszudenken. Trotzdem finden wir immer wieder, daß diejenigen, die bei der geringsten Unpünktlichkeit im öffentlichen Leben schärfste Kritik üben, oft und vielfach gerade in diesem Punkte versagen, wenn von ihnen Pünktlichkeit verlangt wird. Wieviel kostbare und unwiederbringliche Minuten und Stunden hat der pünktliche Mensch der Saum-

seligkeit und der Nachlässigkeit seiner Mitmenschen schon opfern müssen. Wiederholte Erfahrungen und Enttäuschungen werden darum häufig auch den Pünktlichen, die Menschen, die sich ihre Zeit einzuteilen wissen, zu Nachlässigkeit führen.

Wenn Mitglieder, die oft weite Wege zum Versammlungs- oder Unterrichtslokal zurückzulegen haben, mit einem pünktlichen Beginnen der Veranstaltung rechnen, vor allem auch damit rechnen, daß eine Veranstaltung pünktlich beendet ist, werden, wenn sie immer wieder die gegenteiligen Erfahrungen machen, mit der Zeit selber unpünktlich erscheinen oder aber den Besuch derartiger Versammlungen und Veranstaltungen überhaupt einstellen. Das allgemeine böse Beispiel führt allzu leicht zur Verführung und der Kreis der Säumigen wird immer größer. Die Folge ist, daß auf diese immer größere Anzahl von unpünktlichen Besuchern Rücksicht genommen werden soll und immer mehr Zeit bis zum Beginn geplanter Veranstaltungen verstreicht. Ist nicht der mangelhafte Besuch unserer Versammlungen und Kurse zum erheblichen Teil auf die Unpünktlichkeit der Teilnehmer oder aber auf die große Rücksichtnahme der Leitung gegenüber den Unverbesserlichen zurückzuführen? Allgemein üblich ist schon der Hinweis auf das sogenannte „akademische Viertel“. Im Grunde genommen ist dieses „akademische Viertel“ nur eine schlecht gelungene Bemäntelung unangebrachter Rücksichtslosigkeit und mangelhafter Ausreden.

Bei unseren gewerkschaftlichen Veranstaltungen wollen und sollen wir uns aber größerer Pünktlichkeit befleißigen. Unser Bestreben, die Aufwärtsentwicklung der Menschheit zu fördern, verpflichtet uns besonders im Verkehr mit unseren Mitmenschen die Formen anzuwenden, die uns die Rücksicht auf das Wohl anderer gebietet. Die Zahlstellen- und Ortsgruppen-Leitungen, die Leiter von Kursen und Konferenzen, haben darauf zu achten, daß die Zeit für den Beginn von Sitzungen oder Veranstaltungen so festgesetzt wird, daß allen Gelegenheit gegeben ist, pünktlich zu erscheinen. Möglichst wenig, am besten gar keine Rücksichtnahme auf die Säumigen. Zur festgesetzten Stunde wird die Sitzung oder Versammlung eröffnet. Keiner darf darauf rechnen, daß gerade seinetwegen der Beginn verzögert wird. Hier muß einmal rücksichtslos durchgegriffen werden. Wenig Rücksicht und Rücksichtnahme auf jene, die immer wieder die gleiche Sünde der Unpünktlichkeit begehen. Nur eine goldene Rücksichtslosigkeit kann die Säumigen zur Pünktlichkeit erziehen. Die Gewöhnung der Nachlässigen an das Erscheinen zur rechten Zeit und das Verlangen nach Rücksichtnahme auf die Zeit der anderen Teilnehmer ist eine gewerkschaftliche Erziehungsfrage. Pünktlich begonnene Sitzungen können dann auch rechtzeitig beendet werden, ohne daß dadurch eine eingehende Beratung und erfolgreiche Aussprache zu sehr eingeengt wird.

Allen Vorstandsmitgliedern, insbesondere den Vorsitzenden der Zahlstellen und Ortsgruppen sei darum für die bevorstehende Versammlungszeit die Beachtung der Pünktlichkeit besonders warm empfohlen. Sie haben hier eine ganz erhebliche Erziehungsarbeit zu leisten, die, wenn sie beherzt und unentwegt in Angriff genommen wird, nur vorteilhaft sich im Verbandsauswirken kann. Pünktlichkeit, rücksichtslose Pünktlichkeit soll überall da, wo noch nicht vorhanden, die Tugend des Gewerkschaftlers werden.

mußten Menschentyp, als wenn in allen Schicksalsfragen des Lebens der Arbeiter lediglich auf die Allgemeinheit und die gesetzliche Sozialversicherung angewiesen ist. Wir wollen allmählich zu einer Entproletarisierung der allerbreitesten Schichten der Arbeiterschaft kommen. Wer das will, kann natürlich auch keine Proletarisierung des Mittelstandes wollen.“

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 23.—29. Dez. 1928 der 52. Wochenbeitrag im Jahre 1928 fällig ist.

Abrechnung viertes Vierteljahr 1928.

Die Abrechnungsformulare für das vierte Vierteljahr gehen in diesen Tagen den Ortsverwaltungen zu. Es ist dringend erforderlich, daß die Erledigung der Abrechnung unverzüglich vorgenommen und zeitig der Zentrale eingeleitet wird. Vertrauensleute und Kassierer müssen miteinander verfeuern, um die Abrechnung pünktlich und genau fertigzustellen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Augsburg. Mit der vor kurzem abgehaltenen Vertrauensmänneritzung und den stattgefundenen Bezirksversammlungen war die Einführung unseres neuen Bezirksleiters, des Kollegen Kronthaler, verbunden. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht. Es wurde dem neuen Bezirksleiter rückhaltloses Vertrauen und allseitige Unterstützung in seiner Tätigkeit zugesichert. Kollege Kronthaler hat, die zugesicherte, allseitige Mitarbeit in die Tat umzusetzen, dankte für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und versicherte, seine ganze Kraft in den Dienst der Mitglieder und somit auch des Verbandes stellen zu wollen.

Ein kurzes Referat über die nächsten Aufgaben fand begeisterten Widerhall. Die Notwendigkeit der Mitarbeit zur Stärkung des Verbandes, sowie Pflichtbewußtsein und Opfergeist kam in der Aussprache wiederholt zum Ausdruck.

Am Sonntag, den 16. Dez. hat die allzeit rührige Würstenmacherktion unseres Verbandes Christbaumfeier abgehalten, welche einen glänzenden Besuch aufzuweisen hatte. Aber auch in ihrer Aufmachung hinterließ dieselbe einen guten Eindruck. Alle Anerkennung für die Arbeiten der Kolleginnen und Kollegen mit ihrem Sektionsführer Josef Meyer; die Veranstaltung darf für die Zahlstelle als voller Erfolg gelten.

Sterbetafel.

Johann Breidenbend, Modellschreiner, 36 Jahre, Leudersdorf,
Leo van de Haterd, Düsseldorf,
Johann Olbrich, Tischler, 68 Jahre, Ziegenhals,
Josef Hacke, Arbeiter, 39 Jahre, Waldershof,
Erich Hauser, Holzarbeiter, 88 Jahre, Laupheim.
Ruhet in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Ein Gewerkschaftsveteran. Der Ehrenvorsitzende des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgebietes, Herr Adam Schwarzmann, beging am 6. Dezember seinen 70. Geburtstag. Schwarzmann ist Gründer des Verbandes und hat über 28 Jahre den Posten des ersten Vorsitzenden bekleidet. Seinem Wirken verdankt der Verband in erster Linie den Aufstieg zu seiner achtungsgebietenden Stellung. Als Schwarzmann bei der letzten Generalversammlung des Verbandes den Vorsitzendenposten an eine jüngere Kraft abgab, wurde er zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Damit kam die Hochachtung zum Ausdruck, die alle Mitglieder der Organisation für ihn hegen. Möge es Schwarzmann vergönnt sein, noch recht lange in körperlicher und geistiger Frische für die christliche Gewerkschaftsbewegung zu wirken. Das ist der Wunsch aller christlichen Gewerkschaftler an seinem 70. Wiegenfeste.

Der christl. Arbeiterführer Grunz — Lizentiat der Theologie. Der Generalsekretär der evangelischen Arbeitervereine, Alfred Grunz, Berlin, bestand vor der theologischen Fakultät der Universität Breslau seine Lizentiaten-Prüfung mit der Auszeichnung „magna cum laude“. Für die schriftliche Prüfung hatte er das Thema behandelt: „Allgemeine und spezielle Arbeiterseelsorge, ihre psychologische Grundlegung und ihre praktische Gestaltung.“ Grunz ist seit Jahren in der christlichen Arbeiterbewegung tätig.

Rundschau.

Kriegsopfer und Reichstag. Der Verbandsauschuß des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener E. V. trat in Berlin zu einer Tagung zusammen, die sich insbesondere mit den Vorschlägen befaßte, die der Reichsregierung und dem Reichstage zur Verbesserung der Lage der deutschen Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen aufs neue unterbreitet werden sollen. Die alsbaldige Schaffung einer 6. Novelle zum Reichsversorgungsgesetz wurde als dringend notwendig bezeichnet. Die zweitägigen Beratungen fanden

Stegerwald über Sozialpolitik.

Gelegentlich einer parteipolitischen Veranstaltung in Köln verbreitete sich Stegerwald in einem großangelegten Referat über staatspolitische Aufgaben. Dabei berührte er auch das sozialpolitische Gebiet und sagte dazu folgendes:

„Auch über das Wesen der Sozialpolitik herrschen vielfach noch falsche Vorstellungen. Die Sozialpolitik hat den Zweck, die sozialen Spannungen in einem Volkskörper zu mildern. Sozialpolitik ist nicht nur Arbeiterpolitik, Sozialpolitik ist im tiefsten Sinne des Wortes Gesellschaftspolitik. Dann hängen Wirtschaft- und Sozialpolitik aufs engste zusammen. Für Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie hat der Zollschutz dieselbe Wirkung, wie die Sozialpolitik für die Arbeiter und Angestellten. In den letzten Jahren konnte eine organische Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht getrieben werden, weil wir zuviel nackte Notstands politik von einem Tage zum anderen betreiben mußten. Für die Folgezeit wird die Wirtschafts- und Sozialpolitik organisch angepackt werden müssen. Die alte Sozialpolitik ist, wenn das Arbeitsschutzgesetz verabschiedet und die Zusammenfassung und Ausbildung des Arbeitsrechts erfolgt ist, im großen und ganzen abgeschlossen. Jetzt gilt es, die Arbeitermassen, insbesondere in die Großwirtschaft, gleichberechtigt einzuzugliedern. Die Sozialpolitik der Zentrumspartei geht vielfach von ganz anderen Motiven aus, und will teilweise mit ihr auch ganz andere Wirkungen erzielen als andere Parteien. Die Sozialdemokratie will beispielsweise allgemeine Volksfürsorge in Fällen der

Krankheit, der Invalidität, des Alters, bei sonstigen Notfällen; die Mittel will sie durch allgemeine Steuern aufgebracht wissen. Wir wollen dagegen bewußt gesetzliche Sozialversicherung mit weitgehender Selbstverwaltung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Nur so wird Selbstverantwortung geschaffen. Wir sagen in Sachen der Arbeiterversicherung im bewußten Gegensatz zur Sozialdemokratie:

1. Wir sind dagegen, daß die Abzüge vom Lohn noch wesentlich erhöht werden, daß also eine weitere stärkere Lohnsozialisierung erfolgt. Der Aufstiegskampf der Arbeiterschaft muß geführt werden von den gefunden Arbeitern; für diese gilt es, künftig verstärkt bessere Existenzbedingungen zu schaffen. Die Verbesserung der Sozialversicherung muß künftig überwiegend durch eine Vereinfachung der Verwaltung, durch Zurückdrängung der Ausgaben für Vagatellsachen zugunsten der schwerer Erkrankten und der in ihrer Gesundheit stark Beschädigten erfolgen.

2. Die gesetzliche Sozialversicherung darf nicht zu einer Lockerung der Blutsbande führen. Dort, wo Vater und Mutter dazu in der Lage sind, haben sie für ihre Kinder selbst zu sorgen; und dort, wo die Kinder dazu imstande sind, haben sie für ihre betagten Eltern selbst mit aufzukommen. Erst dort, wo diese Voraussetzungen fehlen, hat die Gesellschaft einzugreifen.

3. Durch die gesetzliche Sozialversicherung darf das Streben des einzelnen Menschen, sich selbst zu helfen, und der gewerkschaftliche und genossenschaftliche Selbsthilfsgedanke nicht getötet werden. Unser Streben muß vielmehr dahin gehen, daß in absehbarer Zeit durch Steigerung des Reallohnes das Gros der deutschen Arbeiterschaft dahin gebracht werden kann, sich 1000 bis 2000 Mark zurückzulegen. Mit diesem Streben schaffen wir einen ganz anderen selbstbe-

